

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>23.04.2024</b>
Thema	<b>Bildung und Forschung</b>
Schlagworte	<b>Berufsbildung</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Postulat</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2022</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernath, Magdalena  
Bernet, Samuel  
Flückiger, Bernadette  
Frey, Jürg  
Guignard, Sophie  
Mosimann, Andrea  
Rohrer, Linda  
Schär, Suzanne  
Zumofen, Guillaume

## Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Bernet, Samuel; Flückiger, Bernadette; Frey, Jürg; Guignard, Sophie; Mosimann, Andrea; Rohrer, Linda; Schär, Suzanne; Zumofen, Guillaume 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Bildung und Forschung, Berufsbildung, Postulat, 1982 – 2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 23.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Bildung, Kultur und Medien</b>	1
Bildung und Forschung	1
Grundschulen	1
Mittelschulen	2
Berufsbildung	3

# Abkürzungsverzeichnis

<b>UVEK</b>	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
<b>AHV</b>	Alters- und Hinterlassenenversicherung
<b>SECO</b>	Staatssekretariat für Wirtschaft
<b>OECD</b>	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
<b>EDK</b>	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
<b>WBK-SR</b>	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats
<b>SEM</b>	Staatssekretariat für Migration
<b>ALV</b>	Arbeitslosenversicherung
<b>EVD</b>	Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
<b>SBFI</b>	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>DEZA</b>	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
<b>EFZ</b>	Eidgenössische Fähigkeitszeugnis
<b>SGB</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
<b>NQR</b>	Nationaler Qualifikationsrahmen Berufsbildung
<b>EHB</b>	Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung
<b>Movetia</b>	Schweizer Agentur für Austausch und Mobilität
<b>MINT</b>	Fächer und Berufe aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.
<b>BFI</b>	Politikbereich „Bildung, Forschung und Innovation“
<b>IBBZ</b>	Internationale Berufsbildungszusammenarbeit
<b>WBK-NR</b>	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats
<b>BBG</b>	Berufsbildungsgesetz
<b>EBA</b>	Eidgenössisches Berufsattest
<b>TBBK</b>	Tripartite Berufsbildungskonferenz
<b>ÜK</b>	Überbetriebliche Kurse

---

<b>DETEC</b>	Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication
<b>AVS</b>	Assurance-vieillesse et survivants
<b>SECO</b>	Secrétariat d'Etat à l'économie
<b>OCDE</b>	Organisation de coopération et de développement économiques
<b>CDIP</b>	Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
<b>CSEC-CE</b>	Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil des Etats
<b>SEM</b>	Secrétariat d'Etat aux migrations
<b>AC</b>	assurance-chômage
<b>DFE</b>	Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche
<b>SEFRI</b>	Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation
<b>PIB</b>	Produit intérieur brut
<b>DDC</b>	Direction du développement et de la coopération
<b>CFC</b>	Certificat fédéral de capacité
<b>USS</b>	Union syndicale suisse
<b>CNC</b>	Cadre national des certifications Formation professionnelle
<b>IFFP</b>	Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle
<b>Movetia</b>	l'agence nationale suisse pour la promotion des échanges et de la mobilité
<b>MINT</b>	Branches et métiers des domaines Mathématiques, Informatique, sciences Naturelles et Informatique
<b>FRI</b>	domaine politique „Formation, recherche et innovation“
<b>CIFP</b>	Coopération internationale en matière de formation professionnelle
<b>CSEC-CN</b>	Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national
<b>LFPPr</b>	Loi fédérale sur la formation professionnelle
<b>AFP</b>	Attestation fédérale de formation professionnelle
<b>CTFP</b>	Conférence tripartite de la formation professionnelle
<b>CIE</b>	Cours interentreprises

# Allgemeine Chronik

## Bildung, Kultur und Medien

### Bildung und Forschung

#### Bildung und Forschung

**POSTULAT**  
DATUM: 09.03.2009  
ANDREA MOSIMANN

Auf die **Förderung der beruflichen Weiterbildung** zielten schliesslich verschiedene Vorstösse, welche das Parlament im Berichtsjahr behandelte. In der Frühjahrssession stimmte der Nationalrat einem Postulat Mario Fehr (sp, ZH) zu, mit dem der Bundesrat unter anderem dazu aufgefordert wird, Massnahmen zur Behebung beruflicher Defizite bildungsschwacher Bevölkerungssegmente zu prüfen. Ein gleichlautendes Postulat Sommaruga (sp, BE) wurde in der Aprilsession auch vom Ständerat gutgeheissen.<sup>1</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 18.06.2021  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Mustafa Atici (sp, BS) reichte im März 2021 ein Postulat bezüglich der **Validierung von Bildungsleistungen** ein. Atici forderte den Bundesrat auf, in einem Bericht verschiedene Punkte zum Nachweis von beruflichen Fähigkeiten zu klären. Zum einen wollte er wissen, weshalb die seit 2004 im BBG verankerten «anderen Qualifikationsverfahren» zum Nachweis von beruflichen Fähigkeiten noch nicht oft angerechnet würden. Zum anderen verlangte der Postulant eine Übersicht über die Erfahrungen, welche die einzelnen Kantone sowie vergleichbare europäische Länder bis heute bei der Validierung von informell erworbenen Lernleistungen sowie von beruflicher und sonstiger Praxis gewonnen haben. Schliesslich forderte Atici Vorschläge, wie – aufbauend auf den im Bericht gewonnenen Erkenntnissen und in Absprache mit den Verbundpartnern – eine neue Ausrichtung der Validierungsverfahren aussehen könnte.

Der Stadtbasler Nationalrat begründete seinen Vorstoss mit der Tatsache, dass die Validierung von Bildungsleistungen an formale Abschlüsse nur punktuell vorgenommen werde. Atici setzte seine Hoffnungen daher auf Ansätze, die die Fähigkeiten und Kompetenzen «spezifischer Zielgruppen unabhängig von formalisierten Bildungsgängen modular validier[en] und in (Teil-)Zertifikaten» abbilden. Dies verbessere die Arbeitsmarktfähigkeit der Betroffenen und erleichtere den Zugang zu Aus- und Weiterbildungen. Der Bundesrat erläuterte, dass es in der Schweiz derzeit keine Zertifizierung von informell erworbenen Kompetenzen gebe. Er sei daher bereit darzulegen, wie sich die Situation in der Schweiz darstelle und welche Erfahrungen andere Länder mit der Zertifizierung dieser Fähigkeiten gemacht hätten. Das Postulat wurde in der Sommersession 2021 vom Nationalrat stillschweigend angenommen.<sup>2</sup>

### Grundschulen

**POSTULAT**  
DATUM: 28.02.2018  
SAMUEL BERNET

Mitte Juni 2016 reichte Thomas de Courten (svp, BL) ein Postulat ein, mit dem er mehr **Effizienz- und Qualitätsgewinn im Schweizer Bildungswesen** erreichen wollte. Der Postulant legte zuerst dar, dass die öffentlichen Bildungsausgaben in den letzten zehn Jahren um mehr als 30 Prozent gestiegen seien und im Jahr 2016 rund CHF 35 Mia. betragen hätten. Diese Mehrausgaben würden gemäss de Courten aber nicht unbedingt mit einer Qualitätssteigerung einhergehen, stattdessen würden Abschlussquoten an Schulen stagnieren, ein Mangel an qualifizierten Schulabgängerinnen und Schulabgängern in der Berufsbildung bestehen, verlängerte Ausbildungszeiten bis zum Berufseinstieg entstehen, die Studienerfolgsquote beinahe stagnieren und keine wesentlichen Verbesserungen beim internationalen Ranking der Schweizer Bildungsinstitutionen stattfinden. De Courten fasste dies als Hinweise auf Effizienzprobleme im Bildungswesen auf. Mitverantwortlich sei, dass in diesem Bereich bisher wenige Daten gesammelt wurden und kein Controlling darüber bestehe, ob sich Mehrausgaben im Bildungswesen ökonomisch lohnten. Mit seinem Vorstoss forderte er den Bundesrat auf, einen Bericht zu erfassen, der die Kostenentwicklung auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene aufzeigt und aufklärt, wo ein Ressourceneinsatz volkswirtschaftlichen Nutzen hat und mit welchen Massnahmen im Bildungswesen mehr Effizienz und Qualität herbeigeführt werden kann.

In seiner Stellungnahme im August 2016 beantragte der Bundesrat dem Parlament, das Postulat abzulehnen. Das Schweizer Bildungs-, Forschungs- und Innovationssystem (BFI-System) geniesse bei Bund und Kantonen hohe Priorität und gelte weltweit als eines der leistungsfähigsten. Der Bundesrat ging mit dem Postulanten einig, dass die BFI-Ausgaben seit Mitte der 1990er Jahren stetig gewachsen seien. Gemessen am BIP

seien die öffentlichen Bildungsausgaben von 2006 bis 2013 von 5.2 auf 5.6 Prozent gestiegen, gemessen als Anteil an den Staatsausgaben seien im gleichen Zeitraum die relativen Bildungskosten von 15.6 auf 17.3 Prozent gestiegen. 90 Prozent der öffentlichen Bildungsausgaben würden die Kantone bezahlen, der Bund die restlichen 10 Prozent. Angesichts dieser Lastenverteilung kam der Bundesrat zum ersten Schluss, dass das Anliegen in die Zuständigkeit der Kantone eingreife, was er aber ablehne. Komme hinzu, dass seit 2010 alle vier Jahre der nationale Bildungsbericht erscheine, in dem alle Bildungsstufen Rechenschaft bezüglich Effizienz, Effektivität und Chancengerechtigkeit ablegen müssten. Der Bericht diene jeweils als Grundlage für die gemeinsamen bildungspolitischen Ziele von Bund und Kantonen. Mit diesem Instrument sah der Bundesrat das Anliegen des Postulats bereits als weitgehend erfüllt, weshalb er das Anliegen zur Ablehnung empfahl.

Ende Februar 2018 wurde das Postulat im Nationalrat behandelt. Nach de Courtens Erklärungen zum Inhalt des Postulats und der kurzen bundesrätlichen Stellungnahme durch Johann Schneider-Ammann wurde bereits abgestimmt. Mit 99 zu 87 Stimmen (1 Enthaltung) nahm der Nationalrat das Postulat an. SP- (38), Grüne- (12), GLP- (6) und BDP-Fraktion (6) stimmten geschlossen dagegen, die CVP-Fraktion sprach sich grossmehrheitlich ebenfalls dagegen aus (24 von 28 Anwesenden). Für die Annahme des Postulats war die SVP-Fraktion verantwortlich, die geschlossen dafür stimmte (66), zusammen mit einer fast einstimmigen FDP-Fraktion (30 von 31 Anwesenden) und 3 abtrünnigen Räten der CVP-Fraktion.<sup>5</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 15.03.2018  
SAMUEL BERNET

Im Sommer 2017 reichte Claude Béglé (cvp, VD) ein Postulat ein, um die **Erfahrungen der Schweiz in der Grund- und Berufsbildung bei den ärmsten Ländern der Welt bekanntzumachen**. Es sei ihm bewusst, dass das Schweizer System in den Entwicklungsländern nicht eins zu eins übernommen werden könne. Der Bundesrat solle jedoch prüfen, wie das Bildungssystem in diesen Ländern angepasst werden müsste, damit die dort lebenden Talente besser ausgeschöpft werden könnten, womit letztlich die wirtschaftliche Selbständigkeit dieser Länder gefördert werden könne. Bundesrat Cassis führte in der Nationalratsdebatte Mitte März 2018 aus, dass die Deza bereits eine Studie in Auftrag gegeben habe, die Aufschluss darüber geben solle, ob sich Investitionen in die Grundbildung in Entwicklungsländer lohnen würden oder nicht. Daher brauche es das Postulat nicht unbedingt. Um die eingeschlagene Richtung zu bekräftigen, empfehle der Bundesrat das Postulat dennoch zur Annahme. Der Nationalrat lehnte das Postulat jedoch mit 106 zu 84 Stimmen (1 Enthaltung) ab.<sup>4</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 16.09.2020  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Der Nationalrat schrieb das **Postulat «Effizienz- und Qualitätsgewinn im Schweizer Bildungswesen»** von Thomas de Courten (svp, BL) im September 2020 im Rahmen der Debatte zur BFI-Botschaft 2021-2024 ab. Das Postulat hatte eine Bestandaufnahme zur Effizienz und Qualität im Schweizer Bildungssystem gefordert, da bislang ein Controlling oder Monitoring fehle und es deutliche Hinweise auf Effizienzprobleme im schweizerischen Bildungswesen gebe. Diese Bestandaufnahme wurde durchgeführt; sie kam zum Ergebnis, dass bei Universitäten, Fachhochschulen und der Berufsbildung in den letzten Jahren kein Effizienzverlust feststellbar sei; bei den Fachhochschulen könne gar von einer gestiegenen Effizienz ausgegangen werden. Für die obligatorische Schule, die Gymnasien und die Fachmittelschulen seien hingegen keine validen Aussagen möglich.<sup>5</sup>

### Mittelschulen

**POSTULAT**  
DATUM: 29.02.2016  
SOPHIE GUIGNARD

Afin d'encourager l'apprentissage des langues étrangères, la députée Bulliard-Marbach (pdc, FR) souhaite faire **mention des connaissances linguistiques** dans les certificats fédéraux de capacité (CFC). Elle a demandé au Conseil fédéral de se pencher sur la question dans un rapport. Le postulat a été accepté à 115 voix contre 75 et 2 abstentions par le Conseil national lors de la session de printemps 2016. La chambre basse a en cela suivi l'avis du Conseil fédéral.<sup>6</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 12.06.2017  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Im Juni 2017 schrieb der Nationalrat das Postulat «**Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe II. Eine Bilanz**» ab, nachdem der Bundesrat im Juni 2016 den Bericht in Erfüllung des Postulats verabschiedet hatte.<sup>7</sup>

### Berufsbildung

**POSTULAT**  
DATUM: 11.12.1982  
JÜRIG FREY

Die **Initiative der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) für eine gesicherte Berufsbildung**, mittels der rund 10'000 Plätze in öffentlichen Lehrwerkstätten geschaffen werden sollen, **wurde im Sommer eingereicht**. Der SGB liess verlauten, dass er nicht prinzipiell gegen öffentliche Lehrwerkstätten sei, dass er aber die Schwerpunkte anders setze. Er forderte erneut die Unterstellung der Lehrlinge unter die Gesamtarbeitsverträge. Junggewerkschafter unterstrichen dieses Begehren mit einer breit angelegten Lehrlingsumfrage. Der Gewerbeverband sah in dieser Politik eine Gefährdung der betriebliche Meisterlehre, weil die Lehrlinge damit in die eigentliche Produktion abgedrängt würden. Zur Verwirklichung der Chancengleichheit für Mädchen und Jünglinge in der Berufsbildung hat der Nationalrat ein Postulat der Neuenburgerin Deneys (sp) überwiesen, das insbesondere die Schaffung einer Anlaufstelle für angehende Lehrtöchter verlangt.<sup>8</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 18.03.2004  
MAGDALENA BERNATH

In seinen Antworten auf verschiedene parlamentarische Anfragen erklärte der Bundesrat, das **neue Berufsbildungsgesetz** sehe eine Harmonisierung der Lehrverträge vor, um die Mobilität der Lehrlinge zu fördern und die administrativen Hürden für die Lehrbetriebe abzubauen. Für Kleinbetriebe ergäben sich neue Chancen, weil der Bund mit dem Innovationskredit über Mittel für Anschubfinanzierungen von Lehrbetriebsverbänden und für die Weiterentwicklung des Ausbildungsmodells verfüge. Im Rahmen des Gesetzes werde er auch spezifische Massnahmen wie Informatikkurse für junge Frauen weiterführen, um die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern.<sup>9</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 18.03.2004  
MAGDALENA BERNATH

Diskussionslos überwies der Nationalrat ein Postulat Cina (cvp, VS). Dieses beauftragte den Bundesrat, in Anlehnung an den traditionellen Bericht der Bundesregierung über die freien Berufe, der vom deutschen Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie veröffentlicht wird, einen **Bericht** zu verfassen, der sowohl die charakteristischen Merkmale der **freien Berufe in der Schweiz** als auch deren Rolle in der Wirtschaft aufzeigt.<sup>10</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 18.03.2005  
MAGDALENA BERNATH

Diskussionslos überwies der Nationalrat ein Postulat Vollmer (sp, BE), welches den Bundesrat aufforderte zu klären, ob die Berufsbezeichnungen und Titel gemäss Berufsbildungsgesetz nicht eindeutig und transparent die verschiedenen Berufsbildungsstufen abbilden müssten. Aus der Bezeichnung gehe nicht immer klar hervor, um welchen Abschluss (zwei- oder vierjährige Berufsausbildung, höhere Berufsausbildung oder berufsorientierte Weiterbildung) es sich handle. Der Ständerat billigte eine vom Nationalrat im Vorjahr angenommene Motion Freysinger (svp, VS), welche den Bundesrat beauftragt, zum Schutz von privaten Anbietern von Ausbildungen, namentlich im Hotelmanagement, ein **branchenspezifisches Akkreditierungssystem** einzuführen. Dieses soll die Transparenz zwischen den verschiedenen Bildungsgängen erhöhen und die Studierenden über Konditionen und Seriosität der Anbieter informieren.<sup>11</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 05.06.2005  
MAGDALENA BERNATH

Ständerat Kuprecht (svp, SZ) bedauerte die vermehrte Streichung von Lektionen für obligatorisches **Berufsschulturnen** zugunsten der Fachausbildung, zog sein Postulat, das vom Bundesrat einen entsprechenden Bericht verlangt hatte, aber mangels Unterstützung zurück.<sup>12</sup>

**POSTULAT**DATUM: 19.12.2006  
MAGDALENA BERNATH

Der Nationalrat überwies ein Postulat Rechsteiner (sp, SG), das eine Übersicht über die **anerkannten Bildungsgänge** der höheren Berufsbildung inklusive der höheren Fachschulen fordert. Aufzuzeigen sei auch, welche Anbieter welche Bildungsgänge mit welchen Abschlüssen führen. Abgelehnt wurden die Motionen Menétrey-Savary (gp, VD) und Pfister (svp, SG), welche Massnahmen zur Qualitätssicherung von privaten Berufsfachschulen resp. eine obligatorische Akkreditierung verlangten. Der Bundesrat wies in seiner Antwort auf die Möglichkeit zur freiwilligen Akkreditierung hin.<sup>13</sup>

**POSTULAT**DATUM: 22.06.2007  
LINDA ROHRER

Ein Postulat der CVP-Fraktion forderte einen leichteren **Zugang der Jugendlichen zum Arbeitsmarkt**. Der Bundesrat wurde darin beauftragt, einen Bericht zu erstellen, der sich mit dem Problem des Übergangs von Jugendlichen von der Berufslehre zur Arbeitsstelle beschäftigt. Der Nationalrat nahm das Postulat an.<sup>14</sup>

**POSTULAT**DATUM: 19.03.2009  
ANDREA MOSIMANN

Bereits in der Frühjahrsession hatte der Ständerat ein Postulat Favre (fdp, NE) überwiesen, welches vom Bundesrat einen Bericht über sein Engagement zur **Förderung der dualen und der schulischen Berufsbildung** verlangt. Die Landesregierung soll dabei auch Massnahmen vorschlagen, mit denen die duale Ausbildung in der Schweiz stärker gefördert werden kann.<sup>15</sup>

**POSTULAT**DATUM: 10.03.2010  
ANDREA MOSIMANN

In der Frühjahrsession überwies der Nationalrat ein Postulat Hodgers (gp, GE), das den Bundesrat beauftragt, **Steuererleichterungen für Unternehmen zu prüfen, die Lehrstellen anbieten oder Personen mit Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt beschäftigen**. Ebenfalls gutgeheissen hat er ein Postulat Aubert (sp, VD), mit dem die Chancengleichheit für ausländische Jugendliche bei der Lehrstellensuche verbessert werden soll. Verworfen hat der Rat dagegen mehrere Motionen von SP und Grünen, welche darauf abzielten, die im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vorgesehenen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu erweitern.<sup>16</sup>

**POSTULAT**DATUM: 16.06.2011  
SUZANNE SCHÄR

Im Berichtsjahr überwies der Nationalrat insgesamt sieben Postulate, die auf die eine oder andere Weise die Berufsbildung ansprachen. In der Sommersession nahm er stillschweigend ein Postulat Müri (svp, LU) an, das den Einbezug der **beruflichen Grundbildung** im vom EVD und UVEK erarbeiteten **Masterplan Cleantech** (ressourcenschonendes Wirtschaften) verlangt. Dabei sollen die Bildungsgänge auf ihre ökologische, energierelevante, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit überprüft werden.<sup>17</sup>

**POSTULAT**DATUM: 18.09.2011  
SUZANNE SCHÄR

In der Herbstsession wurde ein Postulat Ingold (evp, ZH) behandelt, das die Schaffung von zusätzlichen **Attestausbildungsplätzen** fordert. Mit Verweis auf die steigende Anzahl absolvierter Attestlehren, die Bemühungen von Bund, Kantonen und Sozialpartnern, das Angebot kontinuierlich zu erweitern, sowie auf die laufenden Evaluationen zur Arbeitsmarktfähigkeit der Personen mit Attestabschluss hatte der Bundesrat den Vorstoss abgelehnt. Das Postulat wurde jedoch, wenn auch äusserst knapp, mit 89 zu 88 Stimmen angenommen.<sup>18</sup>

**POSTULAT**DATUM: 27.09.2011  
SUZANNE SCHÄR

Deutlich und gegen den Willen des Bundesrats stimmte der Rat einem Postulat Pfister (cvp, ZG) zu, das die **Berufsbildung** als strategisches Instrument von **Migrationspartnerschaften** verankern möchte.<sup>19</sup>

**POSTULAT**DATUM: 28.09.2011  
SUZANNE SCHÄR

Eine arbeitsmarktpolitische Zielrichtung hatte das Postulat Aubert (sp, VD), das vom Bundesrat eine Prospektivstudie zum **Fachkräftebedarf** nach Branchen und Berufsprofilen verlangt. In der Begründung des Postulats verwies die Politikerin auf den bereits bestehenden oder aufgrund der demografischen Entwicklung zu erwartenden Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften, insbesondere im Gesundheitswesen und den MINT-Fächern. Mit 179 zu sechs Stimmen votierte die Grosse Kammer deutlich gegen den Bundesrat, der auf die Schwierigkeit hinwies, die Entwicklung von Weltwirtschaft und Technik sowie deren Einfluss auf den Arbeitsmarkt realistisch abzubilden.<sup>20</sup>



**POSTULAT**  
DATUM: 29.09.2011  
SUZANNE SCHÄR

Zwei Postulate aus der SP-Fraktion (Fässler, SG sowie Aubert, VD) kritisierten die Intransparenz der **Finanzflüsse** rund um die **höhere Berufsbildung**, speziell bei den Beiträgen an entsprechende Diplomvorbereitungskurse. Seit Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes 2004 werden die Bundesbeiträge an den gesamten, von Bund, Kantonen, Gemeinden und Arbeitgebern getragenen Berufsbildungskosten als leistungsorientierte Pauschalen ausbezahlt. Dabei ist für die Bundesbeiträge eine Richtgrösse von 25% festgelegt, die mit den Finanzierungsbeschlüssen zur BFI-Botschaft 2012 erstmals erreicht worden ist. Mit Hinweis auf die laufende Diskussion über die Neuregelung der Finanzierung von Vorbereitungskursen verlangten die vom Bundesrat gestützten und stillschweigend akzeptierten Vorstösse einen Bericht über die Finanzflüsse zwischen allen an der Berufsbildung beteiligten Akteuren (inkl. Arbeitnehmer).<sup>21</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 20.12.2011  
SUZANNE SCHÄR

Ein Vorstoss Müri (svp, LU) wurde in der Dezembersession diskussionslos und mit Unterstützung des Bundesrats durchgewinkt. Angesichts der zunehmenden Schwierigkeit gewisser Branchen (v.a. technische Berufe), Lehrstellen mit hohem Anforderungsprofil zu besetzen, verlangt das Postulat die Prüfung von Massnahmen zur Rekrutierung **leistungsstarker Schulabgänger** in diesen Bereich des Lehrstellenmarkts sowie zu ihrer spezifischen Förderung während der Lehre.<sup>22</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 10.06.2012  
GUILLAUME ZUMOFEN

A partir du récent « Rapport sur l'éducation 2010 » Jositsch (ps, ZH) a constaté une **baisse dangereuse de la formation duale**. Par conséquent, il a déposé un postulat, pour alerter le Conseil fédéral. Plus précisément, le texte demande au gouvernement d'examiner des mesures capables de maintenir le niveau de qualité de la formation duale et la proportion de jeunes qui choisissent d'emprunter ce chemin. Ces mesures doivent être efficaces, même si la baisse démographique entraîne une diminution du nombre de jeunes qui sortent de l'école obligatoire. Toujours d'après le rapport, une telle baisse du nombre de jeune qui se sont lancés dans une formation duale pourrait entraîner de nombreuses entreprises à se retirer du marché des places d'apprentissage. De son côté, le Conseil fédéral a estimé que les demandes présentées par ce postulat étaient déjà satisfaites. Alors qu'il a reconnu l'importance de la formation professionnelle pour l'économie suisse, le gouvernement a rappelé que la loi sur la formation professionnelle (LFPr) a mis en place des mesures qui doivent empêcher un déséquilibre sur le marché des places d'apprentissage. Par conséquent, le Conseil fédéral a proposé de rejeter ce postulat. Quant au Conseil national, il a décidé d'adopter ce postulat à 149 voix contre 33.<sup>23</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 28.09.2012  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Daniel Jositsch (sp, ZH) forderte, dass die Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen weiterhin mit der für sie wichtigen eidgenössischen Anerkennung rechnen können. Hintergrund seines Vorstosses war ein Vorentwurf zum Weiterbildungsgesetz, in welchem die Aufhebung der eidgenössischen Anerkennung dieser Titel vorgeschlagen worden war.

Der Bundesrat beantragte, das Geschäft und ebenso das gleichlautende Postulat von Ständerätin Brigitte Häberli-Koller (cvp, TG; Po. 12.3415) anzunehmen, die Frage der **Anerkennung der Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen** aber gesondert vom Weiterbildungsgesetz zu behandeln.

Im Herbst 2012 nahmen der Nationalrat das Postulat Jositsch und der Ständerat das Postulat Häberli-Koller an.<sup>24</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 20.06.2013  
GUILLAUME ZUMOFEN

Un postulat Schilliger (plr, LU) a demandé au Conseil fédéral de montrer comment rendre plus attrayants les apprentissages de deux ans (AFP). En effet, il considère qu'il faut **revaloriser les apprentissages de deux ans**. En 2005, lors de la Conférence nationale sur les places d'apprentissages, Confédération et cantons ont fixé la barre des 95% de jeunes titulaires d'un diplôme du degré secondaire II comme objectif sur 10 ans. A l'aube de 2015, seuls 90% des jeunes possèdent un tel diplôme. Pour le dépositaire, une revalorisation de l'apprentissage de deux ans doit permettre de faciliter l'insertion dans le monde professionnel de jeunes en difficultés scolaires. Pour l'instant, le bilan d'un tel apprentissage est mitigé. Il est donc nécessaire d'agir à trois niveaux. Premièrement, il s'agit de communiquer sans stigmatiser de tels apprentissages. Deuxièmement, il faut individualiser les différentes voies de formation. Troisièmement, relancer les préapprentissage apparaît comme primordial. Le Conseil

fédéral a émis un avis favorable au postulat. En effet, pour le gouvernement, un rapport sur les transitions vers le degré secondaire II doit être rédigé. Une attention particulière à la question de la formation professionnelle de deux ans est à prendre en compte. Ce postulat a été adopté par le Conseil national lors de l'année sous revue.<sup>25</sup>

**POSTULAT**

DATUM: 24.09.2013  
GUILLAUME ZUMOFEN

Un postulat Pfister (pdc,ZG) visant à **réduire le taux d'immigration grâce à la formation professionnelle et continue** a été adopté par le Conseil national par 119 voix contre 49, bien que le Conseil fédéral ait proposé de rejeter ce postulat déposé en 2011. Le postulat demande au Conseil fédéral d'étudier comment des circuits de formation professionnelle ou continue peuvent permettre à des étrangers déjà présents en Suisse de s'intégrer sur le marché du travail. Pour le dépositaire, faire venir du personnel étranger pour combler tous les besoins ne constitue pas une solution durable. De son côté, le Conseil fédéral argumente que, grâce à la libre-circulation des personnes, la Suisse a pu faire face aux fluctuations conjoncturelles au niveau des besoins en personnel qualifié. En outre, l'objectif est d'exploiter pleinement les potentiels au sein même de la population active en Suisse. Les mesures liées au marché du travail et à la politique de formation ont pour objectif un accroissement de la participation à la vie active, ainsi qu'un relèvement de la qualification de la main d'œuvre suisse. De plus, dans le cas des jeunes et des places d'apprentissages, l'objectif est d'arriver à ce qu'au moins 95% des jeunes de moins de 25 ans obtiennent un diplôme du degré secondaire II. Pour les adultes, le but est de mieux concilier vie professionnelle et vie de famille, ainsi que d'encourager les personnes actives à participer à des formations continues. Finalement, la loi fédérale sur la formation continue, qui est en préparation, devrait grandement contribuer à remplir ces objectifs, avec notamment la prise en compte des compétences informelles.<sup>26</sup>

**POSTULAT**

DATUM: 27.09.2013  
GUILLAUME ZUMOFEN

Un postulat Candinas (pdc, GR) a pour objectif de **garantir aux travailleurs âgés l'accès à la formation continue**. Ainsi, le Conseil fédéral est chargé d'étudier les mises à jour nécessaires en matière de formation, afin de limiter les risques de déqualification des travailleurs âgés. Pour le dépositaire, une telle mesure doit s'inscrire dans une politique de formation continue. Plus précisément, l'évolution démographique induit logiquement une augmentation du nombre de travailleurs âgés sur le marché du travail suisse. Si l'on estime qu'il est mieux de maintenir ces personnes à niveau, plutôt que d'aller chercher de la main-d'œuvre étrangère pour combler les besoins du marché du travail, alors il est crucial d'intégrer spécifiquement les travailleurs âgés au système de formation continue. En effet, les travailleurs âgés peuvent être mis sur la touche pour des problèmes d'inadéquation professionnelle, pour des raisons de réorganisation de l'entreprise, de suppression d'activité, ou encore d'évolution technologique. Pour l'initiant, il est préférable de corriger de tels risques. Le Conseil fédéral, favorable à un tel rapport, et surtout conscient du problème, a expliqué que de nombreux rapports étaient déjà en marche. Il a cité par exemple un rapport comparatif de l'OCDE sur les perspectives de travail des employés âgés, ou encore un projet du Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI) qui étudie si les offres de formation professionnelle continues permettent réellement aux adultes d'obtenir un diplôme. Le postulat a été adopté par le Conseil national.<sup>27</sup>

**POSTULAT**

DATUM: 02.06.2014  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Der Bundesrat erachtete das **Postulat Müri** (svp, LU) mit der Veröffentlichung des Berichts «Gezielte Förderung und Unterstützung von Jugendlichen mit unterschiedlichen Begabungspotenzialen an der Nahtstelle I und in der Berufsbildung» als erfüllt und beantragte dessen **Abschreibung**. Der Nationalrat stimmte der Abschreibung im Sommer 2014 zu.<sup>28</sup>

**POSTULAT**

DATUM: 02.06.2014  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Der Bundesrat erachtete das **Postulat Ingold** (evp, ZH) mit der Veröffentlichung des Berichts «Gezielte Förderung und Unterstützung von Jugendlichen mit unterschiedlichen Begabungspotenzialen an der Nahtstelle I und in der Berufsbildung» als erfüllt und beantragte dessen **Abschreibung**. Der Nationalrat stimmte der Abschreibung im Sommer 2014 zu.<sup>29</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 02.06.2014  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Der Bundesrat erachtete das **Postulat Schilliger** (fdp, LU) mit der Veröffentlichung des Berichts «Gezielte Förderung und Unterstützung von Jugendlichen mit unterschiedlichen Begabungspotenzialen an der Nahtstelle I und in der Berufsbildung» als erfüllt und beantragte dessen **Abschreibung**. Der Nationalrat stimmte der Abschreibung im Sommer 2014 zu.<sup>30</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 11.12.2014  
GUILLAUME ZUMOFEN

Après avoir reçu de nombreux acteurs de la formation professionnelle supérieure, la CSEC-CE a décidé de déposer un postulat qui charge le Conseil fédéral de mener un rapport qui vise **l'équivalence des diplômes de la formation professionnelle supérieure**. Le rapport requis par le postulat doit comprendre quatre éléments à propos de la formation professionnelle supérieure: un état des lieux de la situation sur le marché du travail et au niveau de la mobilité internationale, des propositions pour faciliter l'accès aux hautes écoles et favoriser la reconnaissance internationale des titres, une clarification de la structure des titres, ainsi qu'une traduction des titres et diplômes dans les suppléments aux diplômes. Le Conseil fédéral a proposé d'adopter le postulat. Il a rappelé que l'ordonnance sur le cadre national des certifications pour les diplômes de la formation professionnelle (CNC) doit permettre d'améliorer la reconnaissance des diplômes de formation professionnelle et de favoriser la mobilité nationale et internationale des diplômés. De plus, il précise que le projet stratégique Formation professionnelle supérieure établi par le Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI) répond aux questions du postulat. Au final, le postulat a été adopté par le Conseil des Etats.<sup>31</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 12.12.2014  
GUILLAUME ZUMOFEN

La loi sur la formation professionnelle est entrée en vigueur en 2002. L'une des principales nouveautés se situe dans l'introduction d'une formation professionnelle initiale de deux ans couronnée par une attestation fédérale de formation professionnelle (AFP). Le postulat Schwaab (ps, VD) souhaite la mise en place d'un rapport sur cette **Attestation de formation professionnelle, bilan après dix ans**. L'objectif initial de l'attestation était d'offrir un accès à la formation professionnelle duale à des jeunes qui ont des difficultés à se former. Si de nombreuses formations ont mis en place ce nouveau système, certaines difficultés apparaissent. Premièrement, les exigences professionnelles fixent un seuil d'accès trop élevé pour de nombreux jeunes, qui risquent ainsi d'être exclus du marché du travail. Deuxièmement, la proportion d'apprentis en AFP est beaucoup plus conséquente qu'initialement prévu. Cela comporte un risque de dépréciation du niveau général de la formation professionnelle et une tendance à accorder des Certificats fédéraux de capacité (CFC), exclusivement à une élite. Le rapport doit évaluer de nombreux points : l'attrait de ce titre de formation pour les jeunes qui ont des difficultés à viser directement un CFC, l'efficacité de « l'encadrement individuel spécialisé », le rapport proportionnel des titres délivrés entre CFC et AFP, l'utilisation des passerelles entre ces deux formations, l'impact sur les entreprises et finalement l'impact du seuil d'entrée et des exigences relatives à l'AFP. Le Conseil fédéral soutient le postulat. Il rappelle qu'un premier rapport avait été établi en 2010 et estime qu'un second rapport est nécessaire. En effet, le laps de temps écoulé était trop court, selon le Conseil fédéral, ce qui a remis en question de nombreuses conclusions. Le Conseil national a adopté le postulat.<sup>32</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 09.09.2015  
GUILLAUME ZUMOFEN

Alors que la question de la pénurie de personnel qualifié en Suisse occupait déjà les débats avant 2014, la votation du 9 février 2014 sur la question de l'immigration l'a définitivement placée sur le devant de la scène. Ainsi, la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil des Etats (CSEC-CE) a déposé un postulat qui a pour objectif d'**Encourager l'acquisition d'une qualification professionnelle pour les adultes**. Concrètement, selon la CSEC-CE, le Conseil fédéral devrait agir sur quatre points spécifiques. Tout d'abord, il est nécessaire d'adapter et de diversifier la formation qui vise les adultes comme public cible. Ensuite, la gratuité des différentes procédures, ainsi que des conseils et informations, apparaissent comme primordiaux. Puis, il est nécessaire, selon le postulat, d'améliorer la coordination interinstitutionnelle au niveau fédéral et cantonal. Finalement, le Conseil fédéral serait en charge d'évaluer l'impact potentiel d'une campagne de sensibilisation. Le Conseil fédéral a offert un accueil favorable à la demande. En effet, il estime que la formation des adultes est un outil indispensable dans la quête d'accroissement de main-d'œuvre indigène qualifiée. En 2013, la Confédération avait d'ailleurs lancé un projet «Diplôme professionnel et changement de profession pour les adultes», afin d'augmenter le taux de diplômés des adultes (AFP/CFC). Le Conseil des Etats a accepté le postulat.<sup>33</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 15.06.2017  
SOPHIE GUIGNARD

Par 112 voix contre 73 et sans abstentions, le Conseil national a accepté un postulat Schmid-Federer pour **plus de places de stage de découverte dans les domaines MINT**. Selon elle, pour pallier au manque de main-d'œuvre qualifiée dans les domaines des Mathématiques, Informatique, sciences Naturelles et Techniques (MINT), il est important que les futurs apprenti.e.s puissent se faire une idée du métier avant de se décider pour un stage ou un apprentissage. Des stages de quelques jours seraient, selon la députée PDC, un bon moyen de faire cette découverte. Le Conseil fédéral s'était opposé au postulat, estimant que c'était une ingérence étatique trop importante dans les affaires des entreprises.<sup>34</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 27.09.2017  
SAMUEL BERNET

Mitte Juni reichte Claude Hêche (sp, JU) im Ständerat ein Postulat ein, mit dem die **Schaffung einer Task-Force zur Unterstützung, Beratung und Förderung des Berufsbildungssystems im Ausland** geprüft werden sollte. Hêche sah Verbesserungspotenzial bei der internationalen Zusammenarbeit im Bereich Berufsbildung. Das duale Berufsbildungssystem der Schweiz geniesse international einen ausgezeichneten Ruf und habe das Potenzial, krisengebeutelten Ländern zu mehr Stabilität zu verhelfen. Zwar gestand Hêche ein, dass bereits diverse Akteure auf Bundes- und Kantonebene, aber auch Unternehmen aus der Privatwirtschaft in verschiedenen Ländern Unterstützung in diesem Bereich leisten würden. Der Bundesrat solle aber prüfen, wie eine nichtpermanente Gruppe von Personen zusammengesetzt und ausgestattet sein müsste, damit die Vernetzung und Koordination der zahlreichen Akteure verbessert und die Zahl der Berufsbildungsprojekte im Ausland erweitert werden könnte.

In seiner Stellungnahme im August 2017 erklärte der Bundesrat, dass er die Bedeutung der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit (IBBZ) erkannt habe, und zwar sowohl für die Partnerländer, deren soziale und wirtschaftliche Entwicklung damit gefördert werde, als auch für die Schweiz, die so die internationale Anerkennung für ihre Berufsbildung stärken könne. Der Bundesrat führte aus, dass bereits 2014 eine formelle, interdepartementale Koordinationsgruppe – bestehend aus Vertretungen des SBFI, des Seco, der Deza, der Politischen Direktion, des SEM und des EHB – eingerichtet wurde, um sowohl die Koordination der verschiedenen Bundesstellen in der IBBZ zu verbessern, als auch um ein Netzwerk von nationalen Akteuren zu pflegen. Weil nach Ansicht des Bundesrates die IBBZ-Koordinationsgruppe die wesentlichen Punkte der von Hêche geforderten Task Force enthielt, beantragte der Bundesrat, das Postulat abzulehnen.

Eine Mehrheit des Ständerats liess sich von der Argumentation des Bundesrats jedoch nicht überzeugen und nahm das Postulat mit 23 Ja- zu 15 Nein-Stimmen an.<sup>35</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 08.11.2017  
SAMUEL BERNET

Im November 2017 veröffentlichte der Bundesrat den Bericht **Förderung des Fremdspracherwerbs in der beruflichen Grundbildung** in Erfüllung des Postulats Bulliard-Marbach (cyp, FR). Der Bundesrat stellte darin klar, dass er das Erlernen einer Fremdsprache in einer zunehmend internationaler werdenden Arbeitswelt als immer wichtiger erachte. Der Bericht enthielt daher Empfehlungen, wie die bisherigen Fremdsprachenangebote in der Berufsbildung erweitert werden und der Nachweis der erlernten Fremdsprache möglichst standardisiert wiedergegeben werden könne. Da in den allermeisten Berufslehren das Erwerben einer Fremdsprache nicht zum Pflichtprogramm gehört, wurde den Berufsverbänden ans Herz gelegt, den Fremdsprachenunterricht für immer mehr berufliche Grundbildungen obligatorisch zu machen. Zudem sollen nach Ansicht des Bundesrats nationale und internationale Austausche verstärkt werden, wozu insbesondere die von Bund und Kantonen 2016 gegründete Agentur Movetia dienen solle. Was den Nachweis der Sprachkompetenzen anbelangte – ein Kernanliegen Bulliard-Marbachs –, so mass der Bundesrat den internationalen Sprachdiplomen nach wie vor die grösste Aussagekraft und Relevanz zu. Um aber auch während der Berufslehre erworbene Kompetenzen aus einem Fremdsprachenunterricht, die nicht in einem Diplom mündeten, möglichst nach europäischen Standards beurteilen zu können, beauftragte der Bundesrat das EHB, ein entsprechendes Raster zu erstellen. AHV<sup>36</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 21.11.2018  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Im November 2018 erschien der Bericht «**Mehr Schnupperlehrstellen in den MINT-Berufen**» in Erfüllung des Postulats Schmid-Federer (cvp, ZH). Der Bundesrat hielt darin fest, dass die Schnupperlehren für die Stellensuchenden ein wichtiger Bestandteil im Berufswahlverfahren seien. Letztlich stehe es den einzelnen Betrieben und Firmen aber frei, wie sie das Rekrutierungsverfahren gestalten würden und ob eine Schnupperlehre dazu gehöre. Eingriffe von staatlicher Seite in diesen Rekrutierungsprozess könnten aus Sicht des Bundesrats die Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen mindern und wären damit kontraproduktiv. Aus einer für den Bericht durchgeführten Umfrage sei zudem auch deutlich geworden, dass die Schnupperlehren nur einen Teil des Rekrutierungsprozesses darstellten. So seien etwa die Berufsberatung oder das Berufs-, Branchen- und Firmenimage ebenso wichtig.

Obwohl der Bundesrat folglich nicht direkt einzugreifen gedenke und keinen Handlungsbedarf sehe, sei er aber angesichts des Fachkräftemangels in den MINT-Berufen weiterhin bemüht, in enger Abstimmung mit der EDK und über die Akademien der Wissenschaften das Interesse von Jugendlichen an MINT-Fächern zu wecken. In der BFI-Periode 2013–2016 hätten die Akademien der Wissenschaften eine Koordinationsaufgabe bei privaten und öffentlichen MINT-Förderinitiativen übernommen sowie zur besseren Vernetzung der MINT-Akteure beigetragen. Diese Aufgabe werde in der BFI-Periode 2017–2020 weitergeführt.

Im Sommer 2019 schrieb der Nationalrat das Postulat «Mehr Schnupperlehrstellen in den MINT-Berufen» ab. Er folgte damit dem Antrag des Bundesrates, der das Postulat durch die Publikation des gleichnamigen Berichts als erfüllt betrachtete.<sup>37</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 06.06.2019  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Das Postulat «**Förderung des Berufsabschlusses von Erwachsenen**» beauftragte den Bundesrat, bestehende Potenziale zur Deckung des Fachkräftebedarfs zu nutzen, insbesondere auch durch die Unterstützung des Berufsabschlusses derjenigen Erwachsenen, die noch über keinen Sek II-Abschluss (d.h. Maturität oder Berufsbildungsabschluss) verfügten.

Für die Umsetzung führte das SBFI mit den Verbundpartnern aus Verwaltung und Wirtschaft von 2013–2017 das Projekt «Berufsabschluss und Berufswechsel für Erwachsene» durch. Im Rahmen dieses Projekts wurden unter anderem Empfehlungen zur Finanzierung der Bildungskosten durch die Kantone formuliert, Instrumente zur Entwicklung von Berufsbildungsangeboten für Erwachsene sowie für die Anrechnung von Bildungsleistungen erstellt und eine nationale Sensibilisierungskampagne initiiert.

Der Bundesrat erachtete das Anliegen des Postulats damit als erfüllt und beantragte dessen Abschreibung. Der Ständerat stimmte der Abschreibung im Sommer 2019 zu.<sup>38</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 24.09.2020  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Im Zentrum eines von Daniel Jositsch (sp, ZH) im Juni 2020 eingereichten Postulats stand die **Förderung des Berufspraktikums für arbeitslose Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger zur Bewältigung der Corona-Krise**. Das Berufspraktikum sei als arbeitsmarktliche Massnahme der ALV ein geeignetes Instrument, um «Berufserfahrung zu sammeln, berufliche Kenntnisse zu vertiefen und das persönliche Netzwerk zu vergrössern», so Jositsch. Der Bundesrat beantragte die Ablehnung des Postulats; eine zusätzliche Unterstützung der Berufspraktika sei nicht nötig, diese würden bereits heute gefördert. Des Weiteren bestehe derzeit aufgrund der Corona-Krise die Möglichkeit, dass Lernende nach Lehrabschluss in ihrem Lehrbetrieb weiterbeschäftigt werden können, auch wenn sich der Betrieb in Kurzarbeit befinde.

Der Ständerat entschied sich in der Herbstsession 2020 äusserst knapp, bei 21 zu 21 Stimmen mit Stichentscheid von Präsident Stöckli (sp, BE), das Postulat anzunehmen.<sup>39</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 16.03.2021  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Die WBK-NR reichte im Januar 2021 zwei Vorstösse im Bereich Bildungsfinanzierung ein. Eine Motion widmete sich der Planbarkeit und Steuerung; mit einem Postulat forderte die Kommission einen Bericht bezüglich der **Transparenz bei der Verwendung von Bundesmitteln im Bildungsbereich**.

Die WBK-NR forderte in diesem Postulat konkret, dass der Bundesrat darüber berichtet, wie die Transparenz bei den Mittelfläüssen im Bildungsbereich – vor allem im Bereich der Berufsbildung – verbessert werden könnte und welche Massnahmen dafür geeignet wären. Die Kommission wollte damit herausfinden, «wie sich zusätzliche Bundesgelder auf die Kostenbeteiligung der Kantone auswirken», respektive wie verhindert werden könne, dass solche erhöhten Bundesmittel nicht bloss zu einer Lastenumverteilung führen. Der Bundesrat zeigte sich bereit, den geforderten Bericht zu den gemeinsam verantworteten Bereichen des Bildungswesens in Zusammenarbeit mit den Kantonen zu erarbeiten. Der Nationalrat stimmte dem Postulat in der

Frühjahrssession 2021 stillschweigend zu.<sup>40</sup>

**POSTULAT**

DATUM: 19.03.2021  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Die FDP.Libérale-Fraktion widmete sich in einem Postulat der **Gleichstellung in der Berufsbildung**. Sie forderte, dass der Bundesrat in einem Bericht aufzeigt, inwiefern sich die Inhalte der vom Bund anerkannten Ausbildungsprogramme bezüglich der unternehmerischen Kompetenzen – Buchhaltung, Führung von Teams und Management – unterscheiden. Der Bundesrat solle insbesondere auf die diesbezüglichen Unterschiede zwischen typischen Männerberufen und typischen Frauenberufen achten. Da den unternehmerischen Aspekten in Ausbildungen etwa des Pflegefachpersonals oder der Fachangestellten Betreuung noch zu wenig Rechnung getragen werde, solle der Bundesrat vorschlagen, wie auch in diesen Ausbildungen solche Faktoren besser integriert werden können.

Nachdem der Bundesrat die Annahme des Postulats beantragt hatte, stimmte die grosse Kammer dem Anliegen in der Frühjahrssession 2021 stillschweigend zu.<sup>41</sup>

**POSTULAT**

DATUM: 03.06.2021  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Ständerat Daniel Jositsch (sp, ZH) reichte im März 2021 ein Postulat betreffend den **Zeitpunkt der Lehrstellenausschreibung und Lehrstellenvergabe** ein. Er forderte einen Bericht, in welchem die Auswirkungen dieses Zeitpunkts auf die berufliche Zukunft der Jugendlichen analysiert wird. Jositsch kritisierte, dass einige Firmen dazu übergegangen seien, ihre Lehrstellen bis zu 1.5 Jahre vor Antrittsbeginn auszuschreiben. Dies habe für die betroffenen Jugendlichen, für die Lehrbetriebe, aber auch für die ganze Volkswirtschaft negative Folgen. Die Jugendlichen stünden dadurch mit 14 oder 15 Jahren bereits unter einem grossen Druck und hätten kaum Zeit für eine seriöse Auseinandersetzung mit der Berufswahl. Den Betrieben wiederum fehle dadurch die Zeit, um in einem gezielten Selektionsverfahren die geeigneten Jugendlichen zu finden. Dies führe auch zu mehr Lehrabbrüchen, welche die gesamte Wirtschaft negativ treffen würden.

Der Bundesrat beantragte die Ablehnung des Postulates. Es sei auch den Verbundpartnern der Berufsbildung ein grosses Anliegen, dass die Jugendlichen eine geeignete Lehrstelle finden. Beim Entscheid der Schweizerischen Berufsbildungsämter-Konferenz, wonach Lehrstellen schon rund 1.5 Jahre vor Antrittsbeginn publiziert werden können, sei es aber vor allem darum gegangen, den Mädchen und Jungen sowie ihren Eltern einen Ausblick zu bieten, «welche Betriebe im Sommer des darauffolgenden Jahres Lehrstellen anbieten». Ausserdem sei die Tripartite Berufsbildungskonferenz daran, ein «Commitment Lehrstellen» zu erarbeiten, damit die Berufswahlvorbereitung für die Jugendlichen nach einem sinnvollen Zeitplan vonstattengehen kann. Daher brauche es keine weiteren Massnahmen in diesem Bereich, schloss der Bundesrat.

Der Ständerat befasste sich in der Sommersession 2021 mit dem Vorstoss. Nachdem Daniel Jositsch und Bildungsminister Parmelin ihre Argumente wiederholt hatten, nahm die kleine Kammer den Vorstoss sehr knapp, mit 20 zu 19 Stimmen, bei einer Enthaltung, an.<sup>42</sup>

**POSTULAT**

DATUM: 18.06.2021  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Christine Bulliard-Marbach (mitte, FR) forderte in einem im Frühjahr 2021 eingereichten Postulat, dass **Massnahmen** geprüft werden, um zu **verhindern, dass Studierende und Lernende der Berufsbildung aufgrund der Covid-19-Pandemie diskriminiert werden**. Der Bundesrat solle dazu unter anderem untersuchen, inwiefern den Auszubildenden Wissenslücken drohen und wie sich diese auf die Qualität der Diplome und in der Folge auch auf die Chancen auf dem Arbeitsmarkt auswirken können und dazu einen Bericht vorlegen. Die Postulantin wollte ebenfalls wissen, ob Bund und Kantone Massnahmen planen – beispielsweise einen runden Tisch mit den Sozialpartnern –, um den Menschen zu helfen, die ihre Ausbildung aufgrund der Auswirkungen der Pandemie nicht mit einem Diplom abschliessen können.

Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats. Dieses wurde in der Sommersession 2021 von Nationalrat diskussionslos angenommen.<sup>43</sup>

**POSTULAT**DATUM: 29.09.2021  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Philippe Bauer (fdp, NE) wollte mittels eines im Juni 2021 eingereichten Postulats Informationen zur **Entwicklung der überbetrieblichen Kurse** erhalten. Die überbetrieblichen Kurse (ÜK) finden im Rahmen der Berufsbildung statt und dienen dem Erwerb grundlegender praktischer Fertigkeiten; sie werden ergänzend zur Ausbildung in der Berufsschule und im Lehrbetrieb durchgeführt. Ständerat Bauer kritisierte, dass die Entwicklung der Anzahl Tage, an denen gemäss den verschiedenen Bildungsverordnungen und -plänen ÜK stattfinden, sowie ihrer Kosten unübersichtlich sei. Generell scheine es, dass die Anzahl Tage für ÜK und somit auch ihre Kosten in den letzten Jahren angestiegen seien. Da die Kosten vor allem durch die ausbildenden Unternehmen und die Kantone getragen würden, könne dieser Anstieg dazu führen, dass sich manche Lehrbetriebe vom System der Grundbildung im Dualsystem abwenden, was es zu verhindern gelte.

Der Bundesrat empfahl den Vorstoss zur Ablehnung. Er verwies insbesondere auf laufende Arbeiten der TBBK. Diese wurde beauftragt, die verschiedenen Aspekte der ÜK zu untersuchen, darunter auch deren Finanzierung. Darauf basierend sollen Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet und geprüft sowie allenfalls konkrete Massnahmen erarbeitet werden. Bei allen diesen Schritten würden die Kantone sowie die Organisationen der Arbeitswelt einbezogen. Vor diesem Hintergrund erachtete der Bundesrat das Anliegen als bereits erfüllt.

Der Ständerat befasste sich im Herbst 2021 mit der Thematik. Dabei betonte Postulant Bauer, dass es ihm bei seinem Postulat nicht nur darum gehe, über die Finanzen zu sprechen, sondern einen allgemeinen Überblick über diese Kurse zu erhalten. Die grosse Mehrheit der kleinen Kammer folgte den Worten Bauers und nahm das Postulat mit 26 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen an.<sup>44</sup>

- 
- 1) AB NR, 2009, S. 233; AB SR, 2009, S. 88
  - 2) AB NR, 2021, S. 1479
  - 3) AB NR, 2018, S. 109 f.
  - 4) AB NR, 2017, S. 1690; AB NR, 2018, S. 474 f.
  - 5) AB NR, 2020, S. 1532 ff.
  - 6) BO CN, 2016, p. 1330 ss.
  - 7) AB NR, 2017, S. 1022 ff.
  - 8) AB NR, 1982, S. 1298ff.; AB NR, 1982, S. 538f.; BaZ, 15.1.82; Vr, 14.4.82; Bund, 1.5.82; Presse vom 4.6.82; NZZ, 25.6. und 27.8.82; TW, 6.10.82; Vat., 11.12.82.
  - 9) AB NR, 2004, S. 159 und 1404 sowie Beilagen III, S. 275 f.; AB NR, 2004, S. 489 und Beilagen I, S. 356 f.
  - 10) AB NR, 2004, S. 490 und Beilagen I, S. 398 f.
  - 11) AB NR, 2005, S. 454 und Beilagen I, S. 506.; AB SR, 2005, S. 496 f.; Mo, 04.3552; NF, 8.6.05; 24h, 22.6.05; TA, 28.7.05
  - 12) AB NR, 2005, Beilagen II, S. 544 und Beilagen IV, S. 419 f.; AB SR, 2005, S. 499 f.; Int. 05.3140; Int. 05.3656
  - 13) AB NR, 2006, S. 2029 und Beilagen V, S. 306 f.; AB NR, 2006, S. 699 f. und 1114 sowie Beilagen III, S. 724.; Mo, 04.3552; Mo, 06.3143; Presse vom 22.12.06.
  - 14) AB NR, 2007, S. 1143.
  - 15) AB SR, 2009, S. 578.
  - 16) AB NR, 2010, S. 280 ff.; AB NR, 2010, S. 84 und 283.; Po, 09.3168
  - 17) AB NR 2011, S. 1267.
  - 18) AB NR, 2011, S. 1498.; SoS, 21.06.11.
  - 19) AB NR, 2011, S. 1736.
  - 20) AB NR, 2011, S. 1732; NZZ, 9.5.11; TG, 6.9.11.
  - 21) AB NR, 2011, S. 1844.; NZZ, 29.04.11.; Po, 11.3694
  - 22) AB NR, 2011, S. 2223.; Presse vom 21.06.11.
  - 23) BO CN, 2012, p.1026 s.; BaZ, 16.06.12; SN, 17.11.12.
  - 24) AB NR, 2012, S. 1796; AB SR, 2012, S. 887
  - 25) BO CN, 2013, p.1186.; SGT, 19.04.13.
  - 26) BO CN, 2013, p.1679.
  - 27) BO CN, 2013, p.1747.
  - 28) BBI 2014, S. 3069 ff.
  - 29) BBI 2014, S. 3069 ff.
  - 30) BBI 2014, S. 3069 ff.
  - 31) BO, CN, 2014, pp.1020 s.; Rapport de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil de Etats; AZ, NZZ, TA, 1.4.14; NZZ, 13.6.14; SoZ, 24.8.14; SGT, TA, 28.8.14; NZZ, 17.10., 22.10., 12.12.14
  - 32) BO CN, 2014, p.2357
  - 33) BO, CE, p.1115; Communiqué de presse CSEC-CE; Communiqué de presse CSEC-CE(2)
  - 34) BO CN, 2017, p. 1148 s.
  - 35) AB SR, 2017, S. 731 f.
  - 36) Bericht des Bundesrats, 8.11.2017
  - 37) Bericht Bundesrat vom 21.11.18; Medienmitteilung Bundesrat vom 21.11.18
  - 38) BBI 2019, S. 2955 ff.
  - 39) AB SR, 2020, S. 1046 f.
  - 40) AB NR, 2021, S. 514
  - 41) AB NR, 2021, S. 660
  - 42) AB SR, 2021, S. 463 f.
  - 43) AB NR 2021, S. 1480
  - 44) AB SR 2021, S. 1046 f.